Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: Wöchentlich 1250 M., monatlich 5000 M., vorauszahlbar, frei ins Haus. Für Abholer 4800 M. Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Hohlandstraße 11, erster Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Hohlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Hohlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelpreis 180 M.

Anzeigen die 19gespaltene Petitzeile 700 M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“. Arbeitsmarkt und private Familienanzeigen 160 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen je Zeile 250 M., von 10 bis 15 Zeilen 350 M. Reklamezeile 3000 M. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigen-Annahme Hohlandstraße Nr. 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 74. Freitag, den 16. März 1923. 37. Jahrgang.

Ausgang des Steuerkampfes.

Mit einem heftigen Rededuell zwischen Herrn Helfferich und unserm Genossen Hertz ist am Donnerstag die Debatte über das Gesetz zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung zu Ende gegangen. Das Ergebnis der Abstimmung, die dann folgte, war so, wie es nach dem ganzen Verlauf dieses Kampfes um eine gerechtere Steuerpolitik erwartet werden mußte: die bürgerliche Reichstagsmehrheit stellte sich auf die Seite des Steuersaboteurs Helfferich und stimmte die sozialdemokratischen Abänderungsanträge, die den Ertrag des Besitzes in gleicher Weise belasten wollten, wie das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger, nieder. Haben die bürgerlichen Parteien so noch einmal die Interessen des Besitzes auf Kosten der Volksmehrheit gerettet, so werden sie sich doch selbst kaum als moralische Sieger in diesem Kampfe fühlen. Das bewies, wie unser Parlamentsberichterstatter mitteilt, ihr kleinlautes Verhalten bei der letzten Rede Helfferichs, der sachlich unserm Genossen Hertz nichts mehr entgegnen konnte und sich deshalb hinter billige Ausreden verschanzte; das bewies mehr aber noch ihre Zustimmung zu der sozialdemokratischen Entschließung, in der eine grundlegende Aenderung des Einkommensteuergesetzes und eine vereinfachte Steuereinziehnng nach dem Vorbild der Lohnsteuer gefordert wird. Die Deutschnationalen im Bunde mit den Kommunisten stimmten zwar als prinzipielle Gegner jedes vernünftigen Vorschlages auch gegen diese Entschließung, aber die übrigen bürgerlichen Parteien gaben hinterher zu erkennen, daß ihnen selbst die jetzt vollzogene Aenderung der Steuergesetze mit ihrer weitgehenden Begünstigung des Besitzes als unverantwortlich erscheint. Sie möchten diese Begünstigung nur solange wie möglich noch aufrechterhalten.

Unsere Partei wird ihre nächste Aufgabe darin erblicken müssen, dies Verhalten der bürgerlichen Parteien vor dem Lande fortdauernd so zu kennzeichnen, daß es bis zur Neuwahl des Reichstages nicht mehr vergessen wird; denn erst wenn die Masse der Gehalt- und Lohnempfänger, die jetzt die Hauptlast der Reichssteuern zu tragen haben, durch Schaden gewitzigt, eine andere Mehrheit in den Reichstag schickt, wird dort eine grundsätzlich andere Steuerpolitik betrieben werden. Im gegenwärtigen Augenblick war bei aller Entschlossenheit der Sozialdemokratie, das Unrecht abzuwehren, mehr nicht zu erreichen. Die Verhinderung der Abstimmung durch Obstruktion hätte nur zur Folge gehabt, daß der Geldentwertung bei der Steuerzahlung überhaupt keine Rechnung getragen wird und das Unrecht, das auch ohnehin groß genug bleibt, wäre dann noch größer geworden.

Weiter wird unsere Partei aber dafür zu sorgen haben, daß es nun nicht bei der angenommenen Entschließung bleibt, sondern sie auch ausgeführt wird. Es sollten dabei namentlich solche Vorschläge berücksichtigt werden, wie sie wiederholt und zuletzt noch am vorigen Sonntag im „Hamburger Echo“ gemacht worden sind. Es gibt sicherlich noch viele Mittel und Wege, die Steuerleistung der selbständigen Steuerpflichtigen so zu regeln, daß der systematischen, gesetzlich geradezu vorgeschriebenen Steuerhinterziehung ein Ende gemacht wird. Dazu bedarf es allerdings des ernsthaftesten Willens nicht nur der in Betracht kommenden Reichstagsparteien, sondern auch der leitenden Beamten des Reichsfinanzministeriums. Ob er hier an allen Stellen wirklich vorhanden ist, erscheint sehr fraglich. Hat doch erst gestern wieder der Staatssekretär Zapf, der sozusagen die rechte Hand des Reichsfinanzministers ist, im Steuerausschuß eine Erklärung abgegeben, die erkennen läßt, daß er für jede Durchlöcherung der Steuergesetze zu haben ist, wenn sie nur von einer großen wirtschaftlichen Interessenvertretung verlangt wird. Es handelte sich dort um die Ermäßigung der Kohlensteuer. Von deutschnationaler Seite war beantragt, die Kohlensteuer mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Kohlenmarktes infolge der Ruhrbesetzung von 40 auf 20 % zu ermäßigen. Der Staatssekretär Zapf gab dazu im Auftrage des Reichsfinanzministers die Erklärung ab, daß die Regierung sich, wenn der Reichskohlenrat eine Ermäßigung der Kohlensteuer für geboten erachte, diesen Vorschlag zu eigen machen werde. Das heißt also, die Kohleninteressenten, denen diese Steuerermäßigung in erster Linie zugute käme (denn sie werden sich sehr hüten, auch den Konsumenten etwas von der Ersparnis durch billigere Verkaufspreise zugute kommen zu lassen), brauchen ihre Wünsche nur in der gehörigen Form und auf dem richtigen Wege vorzubringen, dann gibt die Regierung ihnen ohne weiteres statt. Daß die Deutschnationalen den Wink verstanden hatten, bewiesen sie damit, daß sie ihren Antrag nach dieser Erklärung zurückzogen.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur im Ausschuß, sondern auch im Plenum für Aufrechterhaltung der Kohlensteuer gestimmt, weil keinerlei Sicherheit dafür vorhanden ist, daß der Fortfall der Kohlensteuer eine Preisermäßigung zur Folge haben muß. Es ist zu befürchten, daß bei Aufhebung der Kohlensteuer die Summen dem Reiche entgehen, aber den Kohlenmagnaten in die Taschen fließen würden. Die Behauptung Helfferichs, daß Hertz der Entente über die Stundung der Kohlensteuer Material geliefert habe, tat unser Genosse mit dem Hinweis darauf ab, daß in Gegenwart Helfferichs bereits festgestellt worden sei, daß die Reparationskommission längst von dieser Stundung Kenntnis gehabt habe. Noch einmal zeigte Hertz die Demagogie der deutschnationalen Entschließung auf, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten scheinbar steuerfrei lassen wolle. Unsere Partei habe den Mut, den Massen zu sagen, daß in der furchtbaren Lage Deutschlands auch sie Steuern zahlen müßten. Sie werde aber nicht zulassen, daß aus der direkten Lohnsteuer eine neue indirekte Steuer nach dem Willen der Deutschnationalen werde. Denn darauf lief der Antrag Helfferichs, die Lohnsteuer in eine Arbeitgebersteuer umzuwandeln, hinaus. Der Unternehmer würde dann diese Steuer wie heute von der Lohn- und Gehaltssumme seines Betriebes abziehen, aber die Arbeiter und Angestellten hätten dann keinerlei Kontrolle mehr darüber, wieviel Steuern in Wirklichkeit gezahlt werden. Es würde nur eine allgemeine Senkung des Lohn- und Gehaltsniveaus eintreten, das nach Ansicht Helfferichs heute viel zu hoch ist. Behauptete er doch kühn und dreist, das Einkommen der Arbeiter und Beamten betrage jetzt 80 v. H. des Friedenseinkommens, während doch alle Welt weiß, daß der Reallohn der Lohn- und Gehaltsempfänger im Durchschnitt kaum 50 % des Friedenslohnes beträgt. Allein diese Bemerkung des deutschnationalen Redners beweist schon, von welchem Lügengeist er beherrscht ist und wie berechtigt es war, daß ihm darauf aus den Reihen der Sozialdemokratie sofort Rufe entgegengeschleudert wurden, durch die er sich sichtlich getroffen fühlen mußte. Der moralische Sieger in diesem Kampf war sicher nicht die Partei des Herrn Helfferich, sondern die Sozialdemokratie.

Anpassung der Biersteuer an die Bierpreise.

Wie die Expreß-Correspondenz aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird der Reichsfinanzminister in der nächsten Zeit den Entwurf eines neuen Biersteuergesetzes einbringen, der hauptsächlich eine Erhöhung der bestehenden Biersteuersätze und die Anpassung dieser Steuer an die jeweiligen Bierpreise vorsieht. Der Biersteuer wird das zum Verbrauch im Inlande bestimmte als auch das vom Auslande eingeführte Bier unterworfen. Sie wird für jedes Hektoliter der in einem Brauereibetriebe innerhalb eines Rechnungsjahres erzeugten Biermenge verrechnet. Die Biersteuer soll betragen:

von den ersten 200 Hektoliter pro 1000 ... M. 50,—
von den folgenden 8000 Liter ..... M. 2100,—
von den folgenden 10 000 Hektoliter ..... M. 2150,—
von den folgenden 20 000 Liter ..... M. 2200,—
von den folgenden 30 000 Liter ..... M. 2300,—
von den folgenden 60 000 Hektoliter ..... M. 2400,—
und für die restlichen ..... M. 2500,—

Die Steuersätze ermäßigen sich für einfach Bier um die Hälfte und für Schankbier um 1/10, sie erhöhen sich für Starkbier um die Hälfte, für eingeführtes Bier soll die Steuer M. 2500,— pro Hektoliter betragen. Der Reichsfinanzminister soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrates die Biersteuer zu erhöhen, oder die erhöhte Steuer zu ermäßigen. Die Erhöhung soll nur erfolgen, wenn die Brauereipreise für Bier seit der letzten Festsetzung der Steuer um wenigstens 50 % gestiegen sind. Sie darf das Verhältnis der Preissteigerung nicht überschreiten. Die erhöhte Steuer soll auf Verlangen des Reichsrates ermäßigt werden, wenn die Brauereipreise auf den Stand gefallen sind, die sie bei Inkrafttreten früherer Steuererhöhung hatten. Hinterziehung der Biersteuer soll mit dem Vierfachen des hinterzogenen bestraft werden. Die bisherige steuerliche Begünstigung der Zwergbetriebe und der Hausbrauer soll wegfallen. Die Biersteuer hat für 1919 einen Rohertrag von 138 988 604 M. betragen, für 1920 158 569 288 M., für 1921 342 634 095 M. ergeben. Der Ertrag der neuen Steuersätze für 1923 soll auf 80 Milliarden veranschlagt werden. Der Gesetzentwurf soll am 1. Mai in Kraft treten. Für den Fall der Annahme des Gesetzes durch die gesetzgebenden Körperschaften ist eine Anpassung des Gesetzes über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Baden und Bayern in die Biersteuergemeinschaft vorgesehen.

Die Revision im Harden-Prozeß abgelehnt.

Der zweite Senat des Reichsgerichts in Leipzig verwarf am Donnerstag die sowohl vom Staatsanwalt als auch vom Nebenkläger beantragte Revision im Harden-Prozeß. Es handelt sich bekanntlich um ein Revisionsverfahren gegen das am 14. Dezember 1922 vom Landgericht Berlin gefällte Urteil gegen den Landwirt Weichhardt und den Buchhändler Grenz, die wegen eines Anschlages auf Maximilian Harden zu 2 Jahren 9 Monaten bezw. 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren.

Das Urteil gegen den Anstifter und einen Helfershelfer hat seinerzeit den fast einmütigen Protest der ganzen deutschen Oeffentlichkeit herausgefordert. In den Parlamenten wie in der Presse wurde das allgemeine Verlangen laut, dieses in seiner Milde sträfliche Urteil müsse durch ein Revisionsverfahren aus der Welt geschafft werden. Sogar der Staatsanwalt sah sich unter dem Druck der Empörung genötigt, von sich aus die Revision zu beantragen. Das Reichsgericht hat es für richtig gehalten, sich durch Ablehnung dieses Antrages wie auch des Hardenschen Revisionsverlangens, von neuem selbst das Urteil zu sprechen.

Der englische Luftfahrtminister hat dem Unterhaus einen Voranschlag über 12 000 000 Pfund Sterling vorgelegt zum Ausbau der Luftflotte. Begründet wird die Forderung besonders mit der hervorragenden Stellung Frankreichs auf dem Gebiet der Luftbeherrschung.

Zur Lösung der Reparationsfrage.

Ein Verhandlungsvorschlag über England?

Im englischen Unterhaus ist es gestern nachmittag zu einem bemerkenswerten Frage- und Antwortspiel über die Frage der deutschen Reparationsvorschläge gekommen. Wedgwoodben fragte, ob der Premierminister irgendeinen Versuch gemacht hätte, um während der Pariser Konferenz in Fühlung mit dem deutschen Botschafter in Paris zu treten und zu hören, was er in der Frage zu sagen habe. Bonar Law erwiderte, es hätte der deutschen Regierung frei gestanden, irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten, wenn sie dies gewünscht hätte. Kenworthy fragte: Steht es ihr immer noch frei? Bonar Law erwiderte: Jawohl.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß das Kabinett Cuno die hier angebotene Verhandlungsbasis betreten will; denn die gestrigen Berliner Abendblätter melden über den Verlauf einer Besprechung der Parteiführer am Donnerstag:

Bevor in die Beratung eingetreten wurde, sind von der Regierung, die durch Reichskanzler Dr. Cuno und Reichsminister des Aeußern Dr. Rosenberg vertreten war, Mitteilungen über die auswärtige Politik des Reiches gemacht worden. Diese Mitteilungen wurden für vertraulich erklärt.

Das Angebot der deutschen Industriellen und die französische Regierung.

Zu den großen Tönen, die dieser Tage wieder in der Versammlung der Arbeitgeberverbände gegen jede Verhandlung mit Frankreich über das Ruhrgebiet geredet worden sind, paßt sehr schlecht die bekannte Tatsache, daß seinerzeit drei „prominente“ Vertreter der deutschen Großindustrie bei Poincaré persönlich vorstellig wurden, um ihm Angebote zu machen. Sie wurden nur von ihm nicht empfangen. Dieser Nichtempfang wird jetzt vom französischen Ministerium des Auswärtigen in Form einer Erwiderung auf die neulichen Erklärungen des Staatssekretärs Bergmann wie folgt zu rechtfertigen versucht: Poincaré habe am 16. Dezember den Botschafter Dr. Mayer empfangen. Dieser habe ihm den Plan eines Besuches der Industriellen bestätigt. Der deutschen Botschaft wurde dann folgende Antwort gegeben: Nach aufmerksamer Prüfung der von dem deutschen Botschafter im Namen der deutschen Regierung gemachten Vorschläge, Industrielle nach Paris zu dem Zwecke zu entsenden, Unterhandlungen mit den französischen Industriellen aufzunehmen, erklärt sich die Regierung der französischen Republik nach wie vor bereit, alle Angebote zur Sicherung der Reparationszahlungen, die ihr offiziell zugestellt werden sollten, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und die sämtlichen Mitteilungen hierüber, die Deutschland ihr zustellen sollte, in Empfang zu nehmen. Indessen glaubt sie zur Zeit nicht, in direkte oder indirekte Verbindung mit den Herren Stinnes, Klöckner und Silverberg treten zu können. Die bisherigen Mitteilungen, die ihr bis heute von dem deutschen Botschafter über die Vorschläge gemacht wurden, die die genannten Industriellen zu überbringen in der Lage wären, sind zu unbestimmt, als daß man sich darüber eine genaue Vorstellung machen könnte. Die Regierung der französischen Republik kann also der deutschen Botschaft nur erneut die Versicherung geben, daß nur bestimmte, schriftlich von der Botschaft übermittelte Vorschläge im Augenblick in Erwägung gezogen werden könnten.

Von deutscher offiziöser Seite wird dazu mitgeteilt:

Die französische Erwiderung behauptet, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, daß ihr bestimmte und schriftliche Vorschläge niemals beigebracht oder angeboten seien. Hierzu ist festzustellen, daß, soweit aus der Meldung zu erkennen ist, Poincaré auf die vom WTB. am 9. gleichzeitig mit den von ihm erwähnten Erklärungen der Herren Klöckner, Silverberg und Stinnes sowie des Reichsministers von Rosenberg veröffentlichte Erklärung des Staatssekretärs a. D. Bergmann mit keinem Worte eingeht.

Gegen die Rachekriegspropaganda.

Wir haben gestern über Verhaftungen von Faszisten in Oberschlesien berichtet. Es ist jetzt eine amtliche Verlautbarung erschienen, die in ihrem zweiten Teil überaus deutlich beweist, was von den Nationalisten gespielt wird.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums in Breslau teilt mit: „Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Juli 1922, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen, ist am 10. März der Kaufmann Wilhelm Klein in Trebnitz, früherer Kreisleiter der von der Reichsregierung verbotenen Arbeitsgemeinschaft Roßbach, verhaftet worden. Die Bevölkerung wird erneut darauf hingewiesen, daß die Regierung an dem passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung festhält, dagegen jeden Versuch eines aktiven Widerstandes ablehnt und gegen alle Versuche zur Aufstellung von Selbstschutzorganisationen mit allen Mitteln vorgehen und gegen Werber wie Angeworbene rücksichtslos einschreiten wird.“

So erfreulich die Deutlichkeit dieser Kundgebung ist, so bedenklich ist, daß amtliche Stellen sich dazu entschließen zu müssen glaubten. Wie weit muß die Kriegspropaganda der Reaktionäre schon gediehen sein!

Zu den im Regierungsbezirk Potsdam verbreiteten Nachrichten über Waffenfunde teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit, daß am vergangenen Freitag auf eine eingelaufene Anzeige bei dem Rittergutsbesitzer Major a. D. von Willich eine Haussuchung abgehalten wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Lager von Waffenteilen, in Kisten verpackt, gefunden und beschlagnahmt. Die weiteren Ermittlungen in der Angelegenheit schweben bei der zuständigen Behörde, die auch das Waffenlager in Gewahrsam genommen hat.

Für die Zeit vom 21. bis einschließlich 27. März beträgt das Goldzollaufgeld 524 400 %.

Aus dem besetzten Gebiet.

Wie der Mord in Buer vertuscht werden soll.

Die französische Besatzung beschuldigt immer noch die deutsche Bevölkerung als schuldigen Teil in der Mordangelegenheit der beiden französischen Offiziere, ohne auch nur den geringsten Nachweis hierfür erbracht zu haben. Es wird mit allen Mitteln versucht, die Aufklärung der Mordangelegenheit zu vereiteln. Am Donnerstag wurden die von deutscher Seite angegebenen Zeugen, die bestätigen, daß die Mörder zwei Alpenjäger sind, festgenommen. Außerdem haben die Franzosen versucht, die noch vorhandene Abschrift der polizeilichen Vernehmung zu erlangen. Zu diesem Zweck wurden in der Nacht von Mittwoch zum Donnerstag die Bureauräume der Kriminalpolizei in Buer durchsucht und mehrere Kriminalbeamte verhaftet.

Es ist festgestellt, daß im ganzen bisher 6 Deutsche unter der Beschuldigung umgebracht sind, die beiden Offiziere erschossen zu haben. Alle von deutscher Seite angestellten Bemühungen, Licht in die mysteriöse Mordaffäre zu bringen, scheitern daran, daß von den französischen Behörden keinerlei Auskunft gegeben wird. Daher ist ein Zusammenarbeiten zur Aufklärung der Mordtat unmöglich.

Die Fortschaffung von Koks auf der Zeche Westerholt geht heute noch weiter fort. Die von den Franzosen dazu verwandte ausländische Arbeiterschaft ist vermehrt; es dürften jetzt etwa 120 bis 130 Leute dort tätig sein. Bisher ist es nicht möglich gewesen, festzustellen, aus welchen Ländern die Arbeiter stammen, da sowohl die Arbeitsstätten als auch die Quartiere der Arbeiter durch einen dichten Militärkordon streng abgesperrt sind. Auf den Zechen Westerholt und Scholven ist nach Beendigung des 24stündigen Proteststreiks die Arbeit wieder aufgenommen worden. Falls die Franzosen noch länger auf der Zeche bleiben, sollen die Kokereianlagen von den deutschen Arbeitern stillgelegt werden.

In Bohwinkel wurde am Donnerstag ein Arbeiter auf Grund eines Haftbefehls von drei deutschen Kriminalbeamten festgenommen. Kommunistische Arbeitskollegen des Inhaftierten begaben sich zu der französischen Besatzung und erbaten ihre Unterstützung, die durch Entsendung von zwei Offizieren und mehreren Soldaten gewährt wurde. Die Franzosen entrissen den Beamten den Inhaftierten mit dem Bemerken, daß er sich unter französischem Schutz befinde. Die deutschen Kriminalbeamten wurden festgenommen und nach ihrer Entwaffnung wieder entlassen.

*

WTB. Saarbrücken, 15. März. Auf Grund der am 12. März in Kraft getretenen Notverordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit des Saargebietes wurden verboten: „Der Saarfreund“, Berlin, der „Wahre Jakob“, Stuttgart, „Simplicissimus“, München, auf sechs Monate, „Humanité“, Paris, und „Deutsche Zeitung“, Berlin, für vier Wochen, die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, Saarbrücken, für zwei Wochen.

Sinnlose Befehle.

Für die Art und Weise, mit der selbst die Reparationskommission versuchte, Deutschlands Leistungsfähigkeit herabzumindern, liefert folgende Tatsache einen vorzüglichen Beweis:

Im Juni 1920, also zu einer Zeit, in der die deutschen Flugzeuge zerstört werden mußten, gab die Entente dem Reichsamt für Landesaufnahme zur Herstellung von Luftlichtbildern für die wissenschaftliche Landesvermessung sechs deutsche Flugzeuge besonderen Typs, der an sich der Zerstörung anheimfiel, frei. Die deutsche Behörde kaufte daraufhin die sechs deutschen Flugzeuge von der Reparationskommission für schweres Geld zurück. Ein halbes Jahr später verlangte aber die Entente, daß die von ihr selbst gegen Bezahlung an Deutschland verkauften Flugzeuge innerhalb von zwei Tagen zersägt werden. Gegen diesen Anfall von Zerstörungswut, der ein grober Verstoß gegen jedes kaufmännische Anstandsgefühl darstellt, halfen alle deutschen Proteste nichts: auf der Zersägung der zurückgekauften Flugzeuge wurde bestanden.

Die kommunistische Agitation.

Vom Parteivorstand wird uns aus Berlin geschrieben:

„In letzter Zeit mehren sich die Versuche der Kommunisten, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei für ihre, unbeirrt auf die Spaltung der Arbeiterbewegung gerichtete Tätigkeit einzufangen. Unter dem Vorwand, zur Abwehr des Faszismus gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu treffen, oder zu andern Zwecken treten die Beauftragten Moskaus unter den verschiedensten Vorwänden auf. Das geschieht besonders, wenn es sich um Fragen handelt, die auf der Linie des kommunistischen Kampfes gegen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung liegen. Bald treten sie als Neuner-, bald als Fünfzehner- oder als Dreiundzwanziger-Ausschuß auf. Gibt sich einmal ein Mitglied unserer Partei dazu her, an Beratungen mit der KPD. teilzunehmen, so wird dies als Abkehr von der Sozialdemokratie in alle Welt hinausposaunt. Der Parteivorstand lehnt gerade jetzt entschiedener denn je ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab. Dazu zwingt ihn die Solidarität mit den Gewerkschaften, an deren Spaltung unter dem Deckmantel der sogenannten Ausschüsse in der unerhörtesten Gewissenlosigkeit gearbeitet wird. Glauben die Kommunisten doch in Berlin, jetzt so weit zu sein, um den Vorstoß des „Roten Kartells“ gegen die Einheit der Gewerkschaften offen wagen zu können. Es wiederholt sich immer wieder das verräterische Spiel gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, das uns aus den gemeinsam vereinbarten Aktionen mit den Kommunisten nach dem Rathenau-Mord noch in frischer Erinnerung ist.

Der Parteivorstand warnt deshalb die Parteigenossen, als Mitglieder oder Funktionäre der Partei, als Betriebsrat oder in welcher Funktion es immer sei, den kommunistischen Gimpelfängern zu folgen. Nur durch die feste Abweisung aller kommunistischen Täuschungsmanöver dienen sie der Partei und der Einheit der Arbeiterbewegung.“

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

[5]

Es war am Tage danach, als der alte Postbote dieselbe Straße hinabschritt. Er ging rasch und hielt einen dicken Brief in der Hand, den er schon im Vorwege aus seiner Ledertasche hervorgeholt zu haben schien; aber ebenso rasch schritt, lebhaft auf ihn eintredend, ein etwa sechzehnjähriges blondes Mädchen an seiner Seite. „Von einem guten Bekannten, sagst Du? Nein, narre mich nicht länger, alter Marten! Sag's doch, von wem ist er denn?“

„Ei, Du junger Dummbart,“ rief der Alte, indem er mit dem Briefe vor ihren Augen gaukelte, „kann ich das wissen? Ich weiß nur, an wen ich ihn zu bringen habe.“

„An wen, an wen denn, Marten?“

Er stand einen Augenblick und hielt die Schriftseite des Briefes ihr entgegen.

Die geöffneten Mädchenlippen versandten einen Laut, der nicht zu einem Wort gedieh.

„Von Heinz!“ kam es dann schüchtern hintennach, und wie eine helle Lohe brannte die Freude auf dem jungen Antlitz.

Der Alte sah sie freundlich an. „Von Heinz?“ wiederholte er schelmisch. „Ei, Wiebchen, mit den Augen ist das nicht darauf zu lesen.“

Sie sagte nichts; aber als er jetzt in der Richtung nach dem Kirchschen Hause zuschritt, lief sie noch immer nebenher.

„Nun?“ rief er, „Du denkst wohl, daß ich auch für Dich noch einen in der Tasche hätte?“

Da blieb sie plötzlich stehen, und während sie traurig ihr Köpfchen schüttelte, ging der Bote mit dem dicken Briefe fort.

Als er die Kirchsche Wohnung betrat, kam eben die Hausmutter mit einem dampfenden Schüsselchen aus der Küche; sie wollte damit in das Oberhaus, wo im Giebelstübchen die kleine Lina an den Masern lag. Aber Marten rief sie an: „Frau Kirch! Frau Kirch! Was geben Sie für diesen Brief?“

Und schon hatte sie die an ihren Mann gerichtete Adresse gelesen und die Schrift erkannt. „Heinz!“ rief auch sie, „oh, von Heinz!“ und wie ein Jubel brach es aus dieser stillen Brust. Da kam von oben her die Kinderstimme: „Mutter! Mutter!“

„Gleich, gleich, mein Kind!“ Und nach einem dankbaren Nicken gegen den Boten flog sie die Treppen hinauf. „O Lina, Lina! Von Heinz, ein Brief von unserem Heinz!“

Im Wohnzimmer unten saß Hans Kirch an seinem Pulte, zwei aufgeschlagene Handelsbücher vor sich; er war mit seinem Verlustkonto beschäftigt, das sich diesmal ungewöhnlich groß erwiesen hatte. Verdrießlich hörte er das laute Reden draußen, das ihn in seiner Rechnung störte; als der Postbote hereintrat, fuhr er ihn an: „Was treibt Er denn für Lärmen draußen mit der Frau?“

Statt einer Antwort überreichte Marten ihm den Brief.

Fast grollend betrachtete er die Aufschrift mit seinen scharfen Augen, die noch immer der Brille nicht bedurften. „Von Heinz,“ brummte er, nachdem er alle Stempel aufmerksam besichtigt hatte „Zeit wär's den auch einmal!“

Vergebens wartete der alte Marten, auch aus des Vaters Augen einen Freudenblitz zu sehen; nur ein Zittern der Hand — wie er zu seinem Troste bemerkte — konnte dieser nicht bewältigen, als er jetzt nach einer Schere langte, um den Brief zu öffnen. Und schon hatte er sie angesetzt, als Marten seinen Arm berührte: „Herr Kirch, ich darf wohl noch um dreißig Schilling bitten!“

— „Wofür?“ — er warf die Schere hin — „ich bin der Post nichts schuldig!“

„Herr, Sie sehen ja wohl, der Brief ist nicht frankiert.“

Er hatte es nicht gesehen; Hans Adam biß die Zähne aufeinander: dreißig Schillinge; warum denn auch nicht die noch zum Verlust geschrieben! Aber — die Bagatelle, die war's ja nicht; nein — was dahinter stand! Was hatte doch der Pastor neulich hingeredet? Er würde nicht mit leeren Händen kommen! Nicht mit leeren Händen! — Hans Adam lachte grimmig in sich hinein. — Nicht mal das Porto hatte er gehabt! Und der, der sollte im Magistrat den Sitz erobern, der für ihn, den Vater, sich zu hoch erwiesen hatte!

Hans Kirch saß stumm und starr an seinem Pulte; nur im Gehirne tobten ihm die Gedanken. Sein Schiff, sein Speicher, alles, was er in so vielen Jahren schwer erworben hatte, stieg vor ihm auf und addierte wie von selber die stattlichen Summen seiner Arbeit. Und das, das alles sollte er diesem . . Er dachte den Satz nicht mehr zu Ende; sein Kopf brannte, es brauste ihm vor die Ohren. „Lump!“ schrie er plötzlich, „so kommst Du nicht in Deines Vaters Haus!“

Der Brief war dem erschrockenen Boten vor die Füße geschleudert. „Nimm,“ schrie er, „ich kauf ihn nicht; der ist für mich zu teuer!“ Und Hans Kirch griff zur Feder und blätterte in seinen Kontobüchern.

Der gutmütige Alte hatte den Brief aufgehoben und versuchte bescheiden noch einige Ueberredung; aber der Hausherr trieb ihn fort, und er war nur froh, die Straße zu erreichen, ohne daß er der Mutter zum zweitenmal begegnet wäre.

Als er seinen Weg nach dem Südende der Stadt fortsetzte, kam Wieb eben von dort zurück; sie hatte in einer Brennerei, welche hier das letzte Haus bildete, eine Bestellung ausgerichtet. Ihre Mutter war nach dem plötzlichen Tode „ihres Mannes zur See“ in aller Form Rechtens die Frau „ihres Mannes auf dem Lande“ geworden und hatte mit diesem eine Matrosenschenke am Hafenplatze errichtet. Viel Gutes wurde von der neuen Wirtschaft nicht geredet; aber wenn an Herbstabenden die über der Hausflur brennende rote Lampe ihren Schein zu den Schiffen hinabwarf, so saß es da drinnen in der Schenkstube bald Kopf an Kopf, und der Brenner draußen am Stadtende hatte dort gute Kundschaft.

Als Wieb sich dem alten Postboten näherte, bemerkte sie sogleich, daß er jetzt recht mürrisch vor sich hinsah; und dann — er hatte ja den Brief von Heinz noch immer in der Hand. „Marten!“ rief sie — sie hätte es nicht lassen können —, „der Brief, hast Du ihn noch? War denn sein Vater nicht zu Hause?“

Marten machte ein grimmiges Gesicht. „Nein, Kind, sein Vater war wohl nicht zu Hause; der alte Hans Kirch war da; aber für den war der Brief zu teuer.“

Die blauen Mädchenaugen blickten ihn erschrocken an. „Zu teuer, Marten?“

— „Ja, ja; was meinst Du, unter dreißig Schillingen war er nicht zu haben.“

Nach diesen Worten steckte Marten den Brief in seine Ledertasche und trat mit einem andern, den er gleichzeitig hervorgezogen hatte, in das nächste Haus.

Wieb blieb auf der Gasse stehen. Einen Augenblick noch sah sie auf die Tür, die sich hinter dem alten Mann geschlossen hatte; dann, als käme ihr plötzlich ein Gedanke, griff sie in ihre Tasche und klimperte darin, als wie mit kleiner Silbermünze. Ja, Wieb hatte wirklich Geld in ihrer Tasche; sie zählte es sogar, und es war eine ganze Handvoll, die sie schon am Vormittage hinter dem Schenktisch eingenommen hatte. Zwar, es gehörte nicht ihr, das wußte sie recht wohl; aber was kümmerte sie das, und mochte ihre Mutter sie doch immer dafür schlagen! „Marten!“ sagte sie hastig, als dieser jetzt wieder aus dem Hause trat, und streckte eine Handvoll kleiner Münze ihm entgegen, „da ist das Geld, Marten; gib mir den Brief!“

Marten sah sie voll Verwunderung an.

„Gib ihn doch!“ drängte sie. „Hier sind ja Deine dreißig Schillinge!“ Und als der Alte den Kopf schüttelte, faßte sie mit der freien Hand an seine Tasche: „O bitte, bitte, lieber Marten, ich will ihn ja nur einmal zusammen mit seiner Mutter lesen.“

„Kind,“ sagte er, indem er ihre Hand ergriff und ihr freundlich in die angstvollen Augen blickte, „wenns nach mir ginge, so wollten wir den Handel machen; aber selbst der Postmeister darf Dir keinen Brief verkaufen.“ Er wandte sich von ihr ab und schritt auf seinem Botenwege weiter.

Aber sie lief ihm nach, sie hing sich an seinen Arm, ihr einfältiger Mund hatte die holdesten Bitt- und Schmeichelworte für den alten Marten und ihr Kopf die allerdümmsten Einfälle; nur leihen sollte er ihr zum mindesten den Brief; er sollte ihn ja noch heute abend wieder haben.

Der alte Marten geriet in große Bedrängnis mit seinem weichen Herzen; aber ihm blieb zuletzt nichts übrig, er mußte das Kind gewaltsam von sich stoßen.

Da blieb sie zurück; mit der Hand fuhr sie an die Stirn unter ihr goldblondes Haar, als ob sie sich besinnen müsse; dann ließ sie das Geld in ihre Tasche fallen und ging langsam dem Hafenplatze zu. Wer den Weg entgegenkam, sah ihr verwundert nach; denn sie hatte die Hände auf die Brust gepreßt und schluchzte überlaut.

*

Seitdem waren fünfzehn Jahre hingegangen. Die kleine Stadt erschien fast unverändert; nur daß für einen jungen Kaufherrn aus den alten Familien am Markt ein neues Haus erbaut war, daß Telegraphendrähte durch die Gassen liefen und auf dem Posthausschilde jetzt mit goldenen Buchstaben „Kaiserliche Reichspost“ zu lesen war; wie immer rollte die See ihre Wogen an den Strand, und wenn der Nordwest vom Ostnordost gejagt wurde, so spülte das Hochwasser an die Mauern der Brennerei, die auch jetzt noch in der roten Laterne ihre beste Kundschaft hatte; aber